

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1,50 Mark für das Vierteljahr ohne Beleglohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 21

Sonntag, den 21. Mai

1916

## Die Vereinsgesetznovelle im Reichstag.

Nicht eine Erweiterung des Gesetzes bringe die Novelle zum Vereinsgesetz, sondern sie solle eine Regelung der gewerkschaftlichen Verhältnisse gegenüber der vorhandenen Rechtsunsicherheit bringen, so bestimmet sie der Ministerialdirektor Lemald im Reichstag bei der ersten Beratung. Damit hat er die Sache nicht besser gemacht, die in der Novelle sehr ansehnlich dargeboten wird. Wie wir bereits selbst in voriger Nummer unseres Blattes, Bedenken gegen die Unklarheit der Begriffe Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik geltend machten, so haben auch im Reichstag mehrere Redner schwere Bedenken hervor.

Der Redner des Zentrums, der Abg. Bede, anerkannte wohl den guten Willen der Regierung, aber sein Misstrauen gegen die künftige Auslegung des Gesetzes durch die Polizei und Gerichte ließ ihn Bedenken gegen die Fassung des Gesetzes aussprechen. Der gleichen Ansicht war auch der fortschrittliche Abg. Müller-Meinigen, der seinerzeit im Bülow-Bloch als Mitbester das Reichsvereinsgesetz in seiner jetzigen Form mit zusammengefasst hat, jetzt aber selbst ein Haar in verschiedenen Bestimmungen gefunden hat und eine klarere Fassung verlangt, die nicht so ausdeutungsfähig ist, wie die jetzige oder die für die Novelle gewählte.

Am schärfsten wandte sich gegen die Novelle der Genosse Wüchner. In ihr seien lediglich Kautschulbestimmungen vorhanden. Bei der ungerechten und schikanösen Behandlung der Arbeiterverbände, die sie bis vor kurzer Zeit geübt wurde, müsse man klare Bestimmungen treffen, um künftigen Belästigungen einen steilen Vorzug zu geben. Denn niemand wisse, ob der Wind nicht wieder schärfer gegen die Gewerkschaften wehen werde, als gegenwärtig. Dann würden die Bestimmungen der Novelle nur neue Fesseln für die Arbeiterverbände sein. Und die Opposition gegen den Entwurf von den verschiedensten Seiten — unter andern den Staats- und Gemeindearbeitern, den Handelsgestellten, den Landarbeitern usw. — beweise nur, was die „Neuorientierung der inneren Politik“ bedeute, nämlich: Es bleibt alles beim Alten!

Bedenklich war schon, daß die Regierung den wirklich beschiedenen Reichstagen des Reichstags ihre Zustimmung verweigerte, die auch nichts weiter wollten, als der Rechtsunsicherheit ein Ende machen, unter der besonders die Gewerkschaften zu leiden hatten. An diesen Beschlüssen hatten kluge juristische Köpfe mitgearbeitet, die in der beschlossenen Fassung die beste Vorbeugung gegen Wiederkehr eines Vorgangs gegen die Gewerkschaften, wie vor dem Kriege, sahen. Warum, so fragen wir immer wieder, wird die Regierung dieser Fassung aus? Und warum bringt sie Bestimmungen in die Novelle, die neue Kämpfe voraussehen lassen, während doch behauptet wird, daß sie vermieden werden sollen? Es muß einem der Verdacht aufsteigen, daß sie dem bekannten Drängen der Junkerpartei nachgegeben hat, die ja mit schwerstem Geschuß gegen die Aenderung des Vereinsgesetzes vorging.

Wie die Agrarier wegen der Landarbeiter nicht die geringste Verbesserung der Arbeiterrechte zulassen wollen, so suchen sie auch jede Erleichterung der Industriearbeiter zu verhindern, weil sie fürchten, der Abstand zwischen Industriearbeitern und den Landarbeitern werde dann zu groß, so daß auch die Landflucht der ländlichen Arbeiter von ihren patriarchalischen Wohlältern noch zunehmen werde. Anstatt den Landarbeitern die Arbeitsverhältnisse durch Forderung der Fesseln erträglicher zu gestalten, glauben sie mit dem Zwang feudaler Zustände sie gewaltsam unter das Joch zu drücken. Dieser völlig verurteilten und verkehrten Arbeiterpolitik sollte die Regierung durch zeitgemäße gesetzliche Bestimmungen entgegenwirken helfen. Und da der Reichstag in seiner übergroßen Mehrheit — nur die Konservativen standen ihr gegenüber — durch seine Beschlüsse zum Vereinsgesetz den Weg dazu geebnet hat, sollte die Regierung an dieser Konsolidierung der Arbeiterverhältnisse mitarbeiten.

Statt dessen „Fuzangeln“ und „Kautschulbestimmungen“, die doch nur böses Blut machen und das Misstrauen der Arbeiter verstärken.

Wie aber auch rabiate Industrie-Unternehmer Sturm laufen gegen jede Aenderung der vereinsgesetzlichen Bestimmungen, das zeigt eine Rede des nationalliberalen Abg. v. Hehl, der selbst in der Novelle ein „Ausnahmerecht für die Sozialdemokratie“ sieht. Durch sie werde die proletarische Jugend den Berufsvereinen zugeführt und dort im sozialdemokratischen Geist erzogen. „Der Geist der Einheit, den wir in der Armee und im Innern brauchen, wird durch die Einführung der Jugend in den Klassenkampf nicht gefördert, sondern aufgelöst“, schmetterte der „Leberrönig von Worms“ zur Freude der Junker auf der rechten in den Reichstagsaal hinein.

Die Reaktion überläßt dabei nur die Tatsache, daß die arbeitende Jugend durch die kapitalistisch gestalte-

ten und niedergedrückten Arbeitsverhältnisse mit der Nase auf die Interessengegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern gestoßen und so tatsächlich in den Fabriken und Werkstätten, überall, wo sie im Dienst des Kapitalismus schafft, „in den Klassenkampf eingeführt wird“, wie Herr v. Hehl sagte. Aber er sprach den Reaktionen aus dem Herzen, die außer mit kapitalistischen auch noch mit staatlichen, gesetzlichen Zwangsmitteln die Arbeiter unter ihre Botmäßigkeit pressen möchten.

Die Reiten ändern sich. Mit den alten reaktionären Fesseln lassen sich die Arbeiter nicht mehr unterdrücken. Man wird wohl oder übel der Gleichberechtigung Konzeptionen machen müssen. Das wird hoffentlich auch die Kommission einsehen, der die Novelle zum Vereinsgesetz zur Beratung überwiesen ist. Es wäre dem Ansehen des Reichstags nicht gebührend, wenn er seine Beschlüsse um der Junkerpartei willen in den Papierkorb werfen ließe.

Der Staatssekretär des Innern, der das Wort von der „Neuorientierung der inneren Politik“ geprägt hat, ist freilich über Vorb. Müllers, seine Politik war eine nach den Wünschen der in Preußen ausschlaggebenden Partei gerichtete. Sein Nachfolger könnte die Dinge kaum ungünstiger für die Arbeiter gestalten. Es kommt vor allem auf den Reichstag selbst an. Möge er die Arbeiterorganisationen vor unvollständiger Behandlung durch unzureichende Gesetze bewahren.

## Der erste Streich.

Wenn man's so liest, dann könnt' es leidlich scheinen, daß die Steuerkommission des Reichstags nach der ersten Lesung der Tabaksteuervorlage die höhere Belastung des Tabaks aus der Regierungsvorlage ausgeschaltet hat. Aber der Wertespruch dieser Ausschaltung ist bei der Beratung deutlich sichtbar geworden.

Als am 11. Mai die Abstimmung über die Vorlage erfolgte, verhielten die Wortführer des Zentrums, die sich der Abstimmung enthielten, nicht, ihre Stellungnahme zur Tabaksteuer noch einmal zu präzisieren. Sie ist keine direkt ablehnende. Der Abgeordnete Müller-Fulda erklärte, seine Freunde seien nicht grundsätzlich gegen eine Besteuerung des Tabaks, sondern sie wünschten nur, daß die höhere Besteuerung gemeinsam mit den für sie in Betracht kommenden Faktoren gemacht werde. Darunter versteht das Zentrum alle bürgerlichen Parteien — denn eine Zustimmung der Sozialdemokraten zu einer höheren Tabaksteuer ist ausgeschlossen, wie sie ja auch in dieser ersten Lesung gegen die gesamte Vorlage, also auch gegen die höhere Belastung der Zigaretten stimmten.

Die Konzeption der Parteien ist bis jetzt die folgende: Die fortschrittliche Volkspartei hat sich bis jetzt gegen die höhere Besteuerung des Tabaks erklärt. Ueber ihre Gründe gibt der Kommissionsbericht einigen Aufschluß. Die ablehnende Haltung der Volkspartei ist dem Zentrum unangenehm. Offen sprachen es seine Redner aus, daß sie dem Zentrum die Zustimmung zur Steuererhöhung in der Öffentlichkeit nicht von bürgerlichen Parteien antreiben lassen wollen. Sie wissen also, daß der Streich gegen die Tabakindustrie unwillen hervorgerufen wird und agitatorisch von Gegnern des Zentrums ausgenutzt werden kann. In diesem Falle (speziell auch von der fortschrittlichen Volkspartei).

Um das zu verhindern, redet das Zentrum der Volkspartei zu, wie der Fuchs den Gänsen, die Steuer doch gemeinschaftlich mit zu schaffen. Und da die Volkspartei bei der ersten Lesung in der Kommission noch nicht umfiel, so enthielt sich eben das Zentrum der Abstimmung, um bei der zweiten Lesung den Versuch fortzusetzen, die Volkspartei umzustimmen.

Es kommt dabei freilich auch darauf an, welchen Erfolg die Steuermaßregel hinter den Kulissen hat. Die bürgerlichen Parteien können fortgesetzt Verhandlungen miteinander, sowie mit der Regierung über die verschiedenen Steuerobjekte. Diese Verhandlungen haben noch nicht zu einer Einigung geführt, daher hieß: „Schicksal der Tabaksteuervorlage immer noch in der Schwebe. Das heißt: Nur die höhere Besteuerung des Tabaks. Für eine höhere Belastung der Zigaretten sind alle bürgerlichen Parteien, nur die Sozialdemokraten fürchten dagegen.

Erhält aber die Volksparteier umjassen, kommt die höhere Belastung des Tabaks ganz sicher. Bleiben sie jedoch Gegner dieser Besteuerung, dann ist es zweifelhaft, ob das Zentrum mit den Konservativen und Nationalliberalen die Steuer macht, obwohl wir nicht etwa dafür die Hand ins Feuer legen möchten, daß es nicht geschieht.

Nächst der Volkspartei sollen natürlich auch noch die Interessenten der Tabakindustrie bearbeitet werden. Als getreue Gehilfen hierzu rechnet man auf das Häuflein

Großindustrieller, die ja bekanntlich den ganzen Brei mit der Regierung eingerührt haben. Welche Register dazu noch gezogen werden — ob Abänderungen des Entwurfs, Vorbehalte usw. kommen — das wird sich in den nächsten Tagen wohl zeigen. Bei dem ersten Streiche in der Steuerkommission, die bereits die höhere Besteuerung der Zigaretten beschloß, bleibt es nicht. Auch der Schatzsekretär Dr. Helfferich, dem zwar nicht lieb ist, daß die gesamte Vorlage nicht gleich beim ersten Anlauf in der Kommission angenommen wurde, sieht die Entscheidung nur als eine aufschiebende an, er hat sehr stark, daß die Tabakbesteuerung noch Annahme findet. Auch er wird noch alle Mittel anwenden lassen, um die fortschrittliche Volkspartei zum Umfall zu bewegen. Und wir geben keinen Bißfresser für die Festigkeit dieser Partei. Vielleicht hat sie ihre Stellung schon geändert, wenn dieses zum Druck gelangt.

Sollte es aber wirklich so kommen, daß durch Schaffung anderer Steuern die höhere Besteuerung des Tabaks jetzt nicht zustande käme, dann würde man den Tabak bei der neuen Finanzreform nach dem Kriege, wie der Schatzsekretär bereits drohend angekündigt hat, wieder scharf angreifen.

Was indes nach dem Kriege geschehen wird, wie weit dann die Monopolisierungspläne gediehen sind, ob dann nicht schon eine Erweiterung des Handelsmonopols für Zigaretten über Polen, Kurland hinaus gediehen ist, oder sonstige Ereignisse dem Tabak aufs Neue gefährlich werden, das bleibt gegenwärtig für uns außer Berechnung. Gegenwärtig ist eben zur Erfüllung der Forderung der Regierung 500 Millionen neue Steuern zu schaffen, die neue Belastung des Tabaks nicht nötig. Das müßte für jeden, der begreift, welch schwerer Schlag die neue Besteuerung für die Tabakindustrie wäre, ausschlaggebend sein.

Werkenswert ist noch, daß bei der ersten Lesung der Vorlage in der Kommission der sozialdemokratische Antrag angenommen wurde, daß bei eventueller Einführung der höheren Zigarettensteuer die durch die Steuer an Arbeitslohn zu werdenden Zigarettenarbeiter aus Reichsmitteln unterstützt werden sollen. Freilich erzielte dieser Antrag für sich nur 13 Stimmen, während 11 Stimmen dagegen gezählt wurden. Um keine Fünflin aufkommen zu lassen, bemerkten wir, daß die Kommission 28 Mitglieder zählt. Aber die obige Mehrheit wurde erzielt, trotzdem der Schatzsekretär sich sehr eifrig gegen den Antrag ins Zeug gelegt hatte. Auch diese Entscheidung ist gegen die meisten Mitglieder des Zentrums getroffen, denen die Unterstützung staatlich brotlos gemachter Arbeiter nicht notwendig erscheint.

## Der Tabak im Steuerausschuss.

Der Steuerausschuss des Reichstages trat Mittwoch in die Einzelberatung der Tabaksteuervorlage ein. Ein Antrag Müller-Fulda (Zentr.), der vermuthlich mit den unter den bürgerlichen Parteien schwebenden Verhandlungen zusammenhängt, bezweckt die Streichung des Artikels 1 der Vorlage. Mit der Annahme dieses Antrags, an der in der ersten Lesung nicht mehr zu zweifeln ist, fällt die Mehrbelastung, die in der Regierungsvorlage der Zigarette und dem Kanakatabak im Gesamtbetrage von 72,6 Millionen neu zugebracht ist.

Auf Wunsch des Zentrums wird die Beratung nicht bei Artikel 1, sondern bei Artikel 2, der die Aenderung des Zigarettensteuergesetzes bezweckt, begonnen. Die Vorlage soll die für den zigarettensteuerfreien Feinschnitttabak festgelegte Preisgrenze von 3,50 Mark pro Kilo auf 5 Mark erhöhen und damit die Steuerklasse 2a des Zigarettensteuergesetzes beseitigt werden. Ein Zentrumsantrag schlägt in Rücksicht auf die derzeitigen hohen Tabakpreise die weitere Erhöhung dieser Grenze auf 7 Mark vor. Dieser Antrag wird aber später zugunsten eines konservativen Antrages, der bis auf 8 Mark geht, zurückgezogen.

Staatssekretär Helfferich gibt zu, daß bei der Preisentwicklung der Sach von 5 Mark zu niedrig gerichtet sei, hofft aber, daß die Preise wieder zurückgehen werden, und regt daher das Kompromiß an, es bei dem gesetzlichen Sach von 5 Mark zu belassen; dem Bundesrat aber die Befugnis zu erteilen, diesen Sach zeitweilig zu überschreiten.

Antwid (Soz) bestreitet, daß die früheren Tabakpreise je wieder erreicht werden. Die Grenze müsse daher gesetzlich festgelegt werden. Das bedeute auch eine Forderung des Verbrauches einheimischen Tabaks. Dazu sei aber weiter nötig, die Schnittbreite des Feinschnitttabaks, die in den bestehenden Ausführungsbestimmungen auf aber Millimeter festgelegt ist, auf einen Millimeter herabzusetzen, denn zwei Millimeter Tabakschnittbreite brenne in der Weise schwer.

Die Herabsetzung der Schnittbreite wird auch in einem Antrag der Konservativen gefordert. Gegen diesen

**Bekanntmachungen.**

Als verloren gemeldet: Sch. m. 511 n. Das Mitgliedsbuch S. II 12 200, lautend auf Herta Gommel aus Ehrenheim, eingetr. am 22. 10. 1910 in Nr. I. (S. 217, 1. Z. 16.) Im Vorzeigungsfalle ist das Buch zu konfiszieren und an den Vorstand einzuliefern.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (S. = Sotalmarken, R. = Vereinsbeiträge):  
 15. April: Beporf B. 25.—, 28. Döbeln B. 250.—, 29. Berlin B. 500.—, Jostrow B. 300.—, 30. Vornburg B. 100.—, Schönhausen B. 40.—, Schwewe B. 200.—, 2. B. Grabesmilien B. 40.—, Klein-Krobenburg B. 11.—, Brale in Spitze B. 80.—, Sunzenau B. 165.—, 1. Mai: Bielefeld B. 200.—, Werther i. B. B. 100.—, Neustadt am Rennk. B. 104.—, Götting B. 460.—, Wintersdorf B. 200.—, Bussenhausen B. 150.—, Galtbau B. 20.—, Langig B. 14,04.—, 2. Schmidt B. 60.—, Trebnitz B. 75.—, Dresden B. 700.—, 3. Pyramont B. 120.—, Schlenker B. 50.—, Penig B. 30.—, Glas B. 30.—, 4. Köttheim B. 50.—, Wernheim B. 75.—, Cätrin B. 30.—, Kainhof B. 100.—, Gahnau in Schl. B. 50.—, Dürne B. 20.—, 5. Berlin B. 350.—, Schmetz a. D. B. 50.—, Hamburg B. 100.—

Die Bevollmächtigten werden ersucht, alle überflüssigen Gelder umgehend einzulösen.  
 Bremen, den 8. Mai 1916. B. Nieber-Welland.

Abrechnungen vom 1. Quartal 1916 gingen bis 9. Mai ein:  
 1. Gau, Hamburg: Lübeck, Neuhaus; 2. Gau, Hannover: Nienburg, Halberstadt; 4. Gau, Herford: Schlenker, Braunschweig, Oldendorf, Alshausen, Röhden, Oberbedden, Lage; 6. Gau, Seibenberg: Osterheim; 7. Gau, Offenbach: Neureitstatt, Straßburg i. E.; 9. Gau, Gelnhausen: Weiden, Löhren, Leuborn, Breitingen, Obermühlhof, Kelungen; 11. Gau, Preußen: Glas, Strehlen, Spantau; 12. Gau, Berlin: Danyig, Cöthen.  
 Berichtigung: Die Jahressumme Preußen ist irrtümlich als Restant mit der Abrechnung bekannt gegeben, so war schon vorher eingegangen.

**Adressen-Änderungen.**

Hirschberg in Schl. (11). 1. Bv. Wdh. Hermann in Strauß bei Hirschberg, per Abr. Rob. Stumpe (Zigarettenfabrik).  
 Reunighöfner (4). Frau W. Köpfer in R., Nr. 196.  
 Vornburg (2). 1. Bv. Robert Ströbel.

**Arbeitsmarkt.**

**Offene Stellen.**

Zwei Zigarettenmacher, die selbst Bidel machen; Lohn 11 M bei freier Einrichtung. Nachfragen: Arbeitsnachweis Otto Schulz in Jessen bei Berlin, Stubenrauchstraße 4.

**Gewerkschaftliche Frauenzeitung.**

Vom Januar 1916 ab erscheint im Verlage der Generalkommission unter dem Titel „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ ein Blatt, das beitragen soll, die Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten für die Gewerkschaften zu gewinnen. Das Blatt erscheint alle 14 Tage. Der Deutsche Tabakarbeiterverband ist zunächst nicht in der Lage, seinen weiblichen Mitgliedern das Blatt gratis zu liefern, da es dazu des Geldes eines Verbandstages

bedarf. Das Blatt kann aber auch abonniert werden, und zwar nicht nur von den Mitgliedern selbst, sondern auch von den Frauen und Töchtern unserer männlichen Mitglieder. Der Bezugspreis beträgt 20 M pro Exemplar und Vierteljahr. Wer das Blatt beziehen will, bestelle es bei der Ortsverwaltung.

Unsere Ortsverwaltungen werden hiermit aufgefordert, Bestellungen auf die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ entgegenzunehmen unter Voranzahlung des vierteljährlichen Bezugspreises. Alldemselbst sind uns die etwaigen Bestellungen der Zahl nach mitzuteilen. Der Versand der Blätter erfolgt von hier aus gleichzeitig mit dem „Tabak-Arbeiter“. Die Ortsverwaltungen erhalten je ein Exemplar gratis von uns zugelandt.

**Gestorben:**

Gefallen am 23. August 1916 der Zigarettenarbeiter Arthur Wecht aus Siegnitz (Bahnhalle Siegnitz).  
 Gefallen am 15. April der Zigarettenarbeiter Anton Werner, 39 Jahre alt (Bahnhalle Mainz).  
 Gefallen am 24. April der Zigarettenarbeiter Ferdinand Wehe aus Elleroth, 40 Jahre alt (Bahnhalle Ganderheim).  
 Gefallen ist der Kantabspinner Gustav Geyer aus Sals, 37 Jahre alt (Bahnhalle Rorshausen).  
 Am 29. April starb zu Dresden die Widelmaderin Frieda Wilmann aus Freiberg, 20 Jahre alt.  
 Am 30. April starb zu Bremen die Widelmaderin Elly Straylen, geb. Wiedmeyer, aus Nachen, 46 Jahre alt.  
 Am 7. Mai starb zu Sahlengern (Bahnhalle Rirch- lenger) Frau Marie Reinshagen aus Schiffswelle, 57 Jahre alt.

Obere ihrem Andenken!



**Eckstein**  
**Zigaretten**  
 Einzig in Qualität  
**Trusffrei**

ANGEKOSTEN & SÖHNE, DRESDEN

**Größtes Wickelformenlager Deutschlands**

**JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER**

**L. COHN & CO.**

BERLIN N., BRUNNENSTRASSE NO. 24.

**Verlangen Sie sofort kostenlos**

Unsere Haupt-Preislisten, Modellbogen, Zigarrenband, Zigarren- und Papier-Tragenth-Muster

Soeben neu erschienen

Modellbogen

**209**

für gebrauchte

Wickelformen

Soeben neu erschienen

Modellbogen

**209**

für gebrauchte

Wickelformen

**Großhändler Zigarren**  
 In- und ausländische Zigaretten  
 in bester Ausführung  
 an Schließfach Nr. 15.  
**Friedberg in Hessen.**

**Hugo Müller, Rohrtabak**  
 Bremen, Vornstraße 28.  
 Braßi - Sumatra, St. Seltig 3.80  
 a. 4. - M. Sumatra-Decker 5.-  
 bis 7.50 M. Vorkantland-Decker,  
 leicht, 4.- und 5.- M. bunte,  
 4.- u. 4.20 M. Java-Umblatt  
 u. -Einlage, sehr leicht, 3.30 M.  
 Sumatra-Umblatt, sehr leicht,  
 2.60 M. Carmen-Umblatt, sehr  
 leicht, 3.50 M. Essgut, gesund,  
 2.50 M. gesund. Einlage, gesund,  
 2.40 M. Schokolade 1.40 M.  
 Großhandel 1.75 M. per 1/2 kg.  
 Alle vorherigen Preise sind auf-  
 gehoben. Versand unter Nachnahme.

**Zigarren-Meister**  
 oder tüchtiger Zigarettenmacher,  
 zum Kalieren von Zeichnungen und  
 selbständiger Leitung einer kleineren  
 Fabrik gesucht.  
 Offerten mit Gehaltsansprüchen  
 unter N. 2 a. b. Exp. 5. Zeitung.

Sächsischer Zigarettenfabrik sucht  
 per sofort einen energischen  
**Sortierermeister**  
 sowie für eine Filialfabrik tüchtigen  
**Zigarettenmeister**  
 für dauernd. Offerten unter N. 1  
 an die Expedition dieser Zeitung.

**Carl Roland**  
 Berlin SO 26  
 Kottbusserstrasse 4.  
**Sumatra-Decke**  
 pr. Pfd. 3.90, 4.-, 4.50, 5.50 M.  
 G. B. K., 1. Blattlänge, ganz hell,  
 pr. Pfd. 7.70 M.  
**Mexiko-Decke** pr. Pfd. 5.- M.  
**Havana** ..... pr. Pfd. 5.- M.  
**Brazil** ..... pr. Pfd. 3.20 M.  
**Java-Einlage**... pr. Pfd. 2.50 M.  
**Java-Einlage mit Umblatt**  
 pr. Pfd. 2.60, 2.80, 2.85, 2.90 M.  
**Java-Umblatt**... pr. Pfd. 3.30 M.  
 Ueberseeischer Tabak nur bei  
 gleichzeitiger Entnahme von andern  
 Tabaken pr. Pfd. 1.70 M.

**Achtung! Rohrtabak!**  
**Hengfloss & Maak**  
**Altona - Ottensen**  
 Filiale: Berlin N.,  
 Brunnenstrasse 23.

**Drucksachen**  
 aller Art, in moderner  
 Ausführung für Private  
 u. Vereine liefert billigst  
**J.H. Schmalfeldt & Co.**  
 Bremen Geeren 6/8

**Rohrtabakhandlung**  
 läuft bei Aufgabe der Fabri-  
 kation u. Tabake und Uter-  
 ilien gegen sofortige Kasse.  
 Off. mit Preisangabe unter  
 Schließ. N. 100. Exp. 5. Bl.

**Kein**  
**Tabak-Arbeiter**  
 darf mehr  
 unorganisiert sein!

**Einlage-Tabake**  
 entrippte Java-Sumatra und  
 Pfeiler laufend in jedem Quan-  
 tum abzugeben. Muster gegen Nach-  
 nahme. Schließfach Nr. 15.  
**Friedberg in Hessen.**

**Gelesene**  
**Tabak-Arbeiter**  
 bilden ein ganz vorzügliches  
 Agitationsmittel, aus diesem  
 Grunde gebe man sie stets  
 an unorganisierte Kollegen  
 weiter.

**In der Einschreibung**  
**vom 31. März d. J. kaufte ich direkt die**  
**folgenden geschlossenen Partien:**

**163 Packen D/Djiwo: Vorstenlanden-Deck**  
**124 „ „ Barve Loem: Java-Aufarbeiter**  
**50 „ „ Bades: Java-Aufarbeiter**  
**30 „ „ KGS: Banjoemas-Aufarbeiter**  
**367 Packen zusammen**

**Ich kaufte in den Einschreibungen des**  
**Jahres 1916 bisher nur direkt in Partien**  
**(außer sehr bedeutenden andern Käufen)**

**4940 Packen und zwar:**

**1099 Packen am 14. Januar 1916**  
**1370 „ „ 4. Februar 1916**  
**1398 „ „ 18. Februar 1916**  
**706 „ „ 4. bis 11. März 1916**  
**367 „ „ 31. März 1916**

**4940 Packen**

**Fordern Sie bei Bedarf stets meine Angebote ein!**

**Heinrich Franck, Berlin N 54**

Rohrtabakhandlung

Brunnenstrasse 22

Utensilien für Zigarettenfabriken

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 8 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 21

Sonntag, den 21. Mai

1916

## Die Vereinsgesetznovelle im Reichstag.

Nicht eine Erweiterung des Gesetzes bringe die Novelle zum Vereinsgesetz, sondern sie solle eine Regelung der gewerkschaftlichen Verhältnisse gegenüber der vorhandenen Rechtsunsicherheit bringen, so definierte sie der Ministerialdirektor Le w a l d im Reichstag bei der ersten Beratung. Damit hat er die Sache nicht besser gemacht, die in der Novelle sehr ansehnlich dargeboten wird. Wie wir bereits selbst in voriger Nummer unseres Blattes. Bedenken gegen die Dehnbarkeit der Begriffe Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik geltend machten, so hoben auch im Reichstag mehrere Redner schwere Bedenken hervor.

Der Redner des Zentrums, der Abg. B e c k e r anerkannte wohl den guten Willen der Regierung, aber sein Misstrauen gegen die künftige Auslegung des Gesetzes durch die Polizei und Gerichte ließ ihn Bedenken gegen die Fassung des Gesetzes äußern. Der gleichen Ansicht war auch der fortschrittliche Abg. M ü l l e r - M e i n i n g e n, der seinerzeit im Bülow-Bloch als Mitthäter des Reichsvereinsgesetzes in seiner jetzigen Form mit zusammengefasst hat, jetzt aber selbst ein Paar in verschiedenen Bestimmungen gefunden hat und eine klarere Fassung verlangt, die nicht so ausdeutungsfähig ist, wie die jetzige oder die für die Novelle gewählte.

Am schärfsten wandte sich gegen die Novelle der Genosse W ü c h n e r. In ihr seien lediglich Kautschukbestimmungen vorhanden. Bei der ungerechten und schikanösen Behandlung der Arbeiterverbände, die bis vor kurzer Zeit geübt wurde, müsse man klare Bestimmungen treffen, um künftigen Belastungen einen Weg vorzuzeichnen. Denn niemand wisse, ob der Wind nicht wieder schärfer gegen die Gewerkschaften wehen werde, als gegenwärtig. Dann würden die Bestimmungen der Novelle mit neuen Forderungen für die Arbeiterverbände sein. Und die Opposition gegen den Entwurf von den verschiedensten Seiten — unter andern den Staats- und Gemeindefunktionären, den Handelsangestellten, den Landarbeitern usw. — beweise nur, was die „Neuorientierung der inneren Politik“ bedeute, nämlich: Es bleibt alles beim Alten!

Verdächtig war schon, daß die Regierung den wirklich schmerzlichen Wünschen des Reichstags ihre Zustimmung verweigerte, die auch nichts weiter wollten, als der Rechtsunsicherheit ein Ende machen, unter der besonders die Gewerkschaften zu leiden hatten. An diesen Beschlüssen hatten kluge juristische Köpfe mitgearbeitet, die in der beschlossenen Fassung die beste Vorbeugung gegen Wiederkehr eines Vorstoßes gegen die Gewerkschaften, wie vor dem Kriege, sahen. Warum, so fragen wir immer wieder, wird die Regierung dieser Fassung aus? Und warum bringt sie Bestimmungen in die Novelle, die neue Kämpfe voraussehen lassen, während doch behauptet wird, daß sie vermieden werden sollen? Es muß einem der Verdacht aufsteigen, daß sie dem bekannten Drängen der Junkerpartei nachgegeben hat, die ja mit schwerstem Geschick gegen die Aenderung des Vereinsgesetzes vorging.

Weil die Agrarier wegen der Landarbeiter nicht die geringste Verbesserung der Arbeiterrechte zulassen wollen, so suchen sie auch jede Erleichterung der Industriearbeiter zu verhindern, weil sie fürchten, der Abstand zwischen Industriearbeitern und den Landarbeitern werde dann zu groß, so daß auch die Landflucht der ländlichen Arbeiter von ihren patriarchalischen Wohlplätzen noch zunehmen werde. Anstatt den Landarbeitern die Arbeitsverhältnisse durch Lockerung der Fesseln erträglicher zu gestalten, glauben sie mit dem Zwang feudaler Zustände sie gewaltsam unter das Joch zu drücken. Dieser völlig verkehrten und verkehrten Arbeiterpolitik sollte die Regierung durch zeitgemäße gesetzliche Bestimmungen entgegenwirken helfen. Und da der Reichstag in seiner überwiegenden Mehrheit — nur die Konservativen standen ihr gegenüber — durch seine Beschlüsse zum Vereinsgesetz den Weg dazu geebnet hat, sollte die Regierung an dieser Konsolidierung der Arbeiterverhältnisse mitarbeiten.

Statt dessen „Forderungen“ und „Kautschukbestimmungen“, die doch nur böses Blut machen und das Misstrauen der Arbeiter verstärken.

Wie aber auch rabiats Industriee-Unternehmer Sturm laufen gegen jede Aenderung der vereinigungsgesetzlichen Bestimmungen, das zeigt eine Rede des nationalliberalen Abg. v. H e y l, der selbst in der Novelle ein „Ausnahmerecht für die Sozialdemokratie“ sieht. Durch sie werde die proletarische Jugend den Berufsvereinen zugeführt und dort im sozialdemokratischen Geist erzogen. „Der Geist der Einheit, den wir in der Armee und im Innern brauchen, wird durch die Einführung der Jugend in den Klassenkampf nicht gefördert, sondern aufgelöst“, schmetterte der „Bedenklich von Worms“ zur Freude der Junker auf der Rechten in den Reichstagsaal hinein.

Dieser Reaktionsär überläßt dabei nur die Tatsache, daß die arbeitende Jugend durch die kapitalistisch gestalte-

ten und niedergedrückten Arbeitsverhältnisse mit der Nase auf die Interessengegenstände zwischen Unternehmern und Arbeitern gestoßen und so tatsächlich in den Fabriken und Werkstätten, überall, wo sie im Dienst des Kapitalismus schaff, „in den Klassenkampf eingeführt wird“, wie Herr v. Heyl sagte. Aber er sprach den Reaktionsären aus dem Herzen, die außer mit kapitalistischen auch noch mit staatlichen, geschlichen Zwangsmitteln die Arbeiter unter ihre Botmäßigkeit pressen möchten.

Die Reiten ändern sich. Mit den alten reaktionären Fesseln lassen sich die Arbeiter nicht mehr unterdrücken. Man wird wohl oder übel der Gleichberechtigung Konzeptionen machen müssen. Das wird hoffentlich auch die Kommission einsehen, der die Novelle zum Vereinsgesetz zur Beratung überwiesen ist. Es wäre dem Ansehen des Reichstags nicht gebührend, wenn er seine Beschlüsse um der Junkerpartei willen in den Papierkorb werfen ließe.

Der Staatssekretär des Innern, der das Wort von der „Neuorientierung der inneren Politik“ geprägt hat, ist freilich über Bord. Allein, seine Politik war eine nach den Wünschen der in Preußen ausschlaggebenden Partei gerichtete. Sein Nachfolger könnte die Dinge kaum ungünstiger für die Arbeiter gestalten. Es kommt vor allem auf den Reichstag selbst an. Möge er die Arbeiterorganisationen vor unwürdiger Behandlung durch unzureichende Gesetze bewahren.

## Der erste Streich.

Wenn man's so liest, dann könnt' es leidlich scheinen, daß die Steuerkommission des Reichstags nach der ersten Lesung der Tabaksteuervorlage die höhere Belastung des Tabaks aus der Regierungsvorlage ausgeschaltet hat. Aber der Pferdefuß dieser Ausschaltung ist bei der Beratung deutlich sichtbar geworden.

Als am 11. Mai die Abstimmung über die Vorlage erfolgte, verhielten die Wortführer des Zentrums, die sich der Abstimmung enthielten, nicht, ihre Stellungnahme zur Tabaksteuer noch einmal zu präzisieren. Sie ließen die Direkte ablehnende. Der Abgeordnete M ü l l e r - F u l d a erklärte, seine Freunde seien nicht grundsätzlich gegen eine Besteuerung des Tabaks, sondern sie wünschten nur, daß die höhere Besteuerung gemeinschaftlich mit den für sie in Betracht kommenden Faktoren gemacht werde. Darunter versteht das Zentrum alle bürgerlichen Parteien — denn eine Zustimmung der Sozialdemokraten zu einer höheren Tabaksteuer ist ausgeschlossen, wie sie ja auch in dieser ersten Lesung gegen die gesamte Vorlage, also auch gegen die höhere Belastung der Zigaretten stimmten.

Die Korrespondenz der Parteien ist bis jetzt die folgende: Die fortschrittliche Volkspartei hat sich bis jetzt gegen die höhere Besteuerung des Tabaks erklärt. Ueber ihre Gründe gibt der Kommissionsbericht einigen Aufschluß. Die ablehnende Haltung der Volkspartei ist dem Zentrum unangenehm. Offen sprachen es seine Redner aus, daß sie dem Zentrum die Zustimmung zur Steuererhöhung in der Öffentlichkeit nicht von bürgerlichen Parteien antreiben lassen wollen. Sie wissen also, daß der Streich gegen die Tabakindustrie unwillen hervorzurufen wird und agitatorisch von Gegnern des Zentrums ausgenutzt werden kann. In diesem Falle speziell auch von der fortschrittlichen Volkspartei.

Um das zu verhindern, redet das Zentrum der Volkspartei zu, wie der Fuchs den Gänsen, die Steuer doch gemeinschaftlich mit zu schaffen. Und da die Volkspartei bei der ersten Lesung in der Kommission noch nicht umfiel, enthielt sich eben das Zentrum der Abstimmung, um bei der zweiten Lesung den Versuch fortzusetzen, die Volkspartei umzustimmen.

Es kommt dabei freilich auch darauf an, welchen Erfolg die Steuererhöhung hinter den Kulissen hat. Die bürgerlichen Parteien hängen fortgesetzt Verhandlungen miteinander, sowie mit der Regierung über die verschiedenen Steuerobjekte. Diese Verhandlungen haben noch nicht zu einer Einigung geführt, daher hängt das Schicksal der Tabaksteuervorlage immer noch in der Schwebe. Das heißt: Nur die höhere Besteuerung des Tabaks. Für eine höhere Belastung der Zigaretten sind alle bürgerlichen Parteien, nur die Sozialdemokraten für mich dagegen.

Erhält aber die Volkspartei umfallen, kommt die höhere Belastung des Tabaks ganz sicher. Bleiben sie jedoch Gegner dieser Besteuerung, dann ist es zweifelhaft, ob das Zentrum mit den Konservativen und Nationalliberalen die Steuer macht, obwohl wir nicht etwa dafür die Hand ins Feuer legen möchten, daß es nicht geschieht.

Nächst der Volkspartei fallen natürlich auch noch die Interessenten der Tabakindustrie bearbeitet werden. Als getreue Gehilfen hierzu rechnet man auf das Haupt-

Großindustrieller, die ja bekanntlich den ganzen Brei mit der Regierung eingerührt haben. Welche Register dazu noch gezogen werden — ob Änderungen des Entwurfes, Vorbehalte usw. kommen — das wird sich in den nächsten Tagen wohl zeigen. Bei dem ersten Streiche in der Steuerkommission, die bereits die höhere Besteuerung der Zigaretten beschloß, bleibt es nicht. Auch der Schatzsekretär Dr. Helfferich, dem zwar nicht lieb ist, daß die gesamte Vorlage nicht gleich beim ersten Anlauf in der Kommission angenommen wurde, sieht die Entscheidung nur als eine aufschiebende an, er hofft sehr stark, daß die Tabakbesteuerung noch Annahme findet. Auch er wird noch alle Möglichkeiten lassen, um die fortschrittliche Volkspartei zum Unfall zu bewegen. Und wir geben keinen Pfifferling für die Festigkeit dieser Partei. Vielleicht hat sie ihre Stellung schon geändert, wenn dieses zum Druck gelangt.

Sollte es aber wirklich so kommen, daß durch Erhöhung anderer Steuern die höhere Besteuerung des Tabaks jetzt nicht zustande käme, dann würde man den Tabak bei der neuen Finanzreform nach dem Kriege wie der Schatzsekretär bereits drohend angekündigt hat, wieder scharf angreifen.

Was indes nach dem Kriege geschehen wird, wie weit dann die Monopolisierungspläne gediehen sind, ob dann nicht schon eine Erweiterung des Handelsmonopols für Zigaretten über Polen, Kurland hinaus gediehen ist, oder sonstige Ereignisse dem Tabak aufs Neue gefährlich werden, das bleibt gegenwärtig für uns außer Berechnung. Gegenwärtig ist eben zur Erfüllung der Forderung der Regierung 500 Millionen neue Steuern zu schaffen, die neue Belastung des Tabaks nicht nötig. Das müßte für jeden, der begreift, wech schwerer Schlag die neue Besteuerung für die Tabakindustrie wäre, ausschlaggebend sein.

Wemerswert ist noch, daß bei der ersten Lesung der Vorlage in der Kommission der sozialdemokratische Antrag angenommen wurde, daß bei eventueller Einführung der höheren Zigarettensteuer die durch die Steuerartbeitslos werden den Zigarettenarbeiter aus Reichsmitteln unterstützt werden sollen. Freilich erzielte dieser Antrag für sich nur 13 Stimmen, während 11 Stimmen dagegen gezählt wurden. Um keine Illusion aufkommen zu lassen, bemerken wir, daß die Kommission 28 Mitglieder zählt. Ueber die obige Mehrheit wurde erzielt, trotzdem der Schatzsekretär sich sehr eifrig gegen den Antrag ins Zeug gelegt hatte. Auch diese Entscheidung ist gegen die meisten Mitglieder des Zentrums getroffen, denen die Unterstützung staatlich brotlos gemachter Arbeiter nicht notwendig erscheint.

## Der Tabak im Steuerausschuss.

Der Steuerausschuss des Reichstages trat Mittwoch in die Einzelberatung der Tabaksteuervorlage ein. Ein Antrag M ü l l e r - F u l d a (Zentr.), der vermutlich mit den unter den bürgerlichen Parteien schwebenden Verhandlungen zusammenhängt, bezweckt die Streichung des Artikels 1 der Vorlage. Mit der Annahme dieses Antrags, an der in der ersten Lesung nicht mehr zu zweifeln ist, fällt die Mehrbelastung, die in der Regierungsvorlage der Zigarette und dem Rauchtobak im Gesamtbetrage von 72,6 Millionen zu geschäzt ist.

Auf Wunsch des Zentrums wird die Beratung nicht bei Artikel 1, sondern bei Artikel 2, der die Aenderung des Zigarettensteuergesetzes bezweckt, begonnen. Die Vorlage soll die für den zigarettensteuerfreien Feinschnitttabak festgelegte Preisgrenze von 3,50 Mark pro Kilo auf 5 Mark erhöhen und damit die Steuerklasse 2a des Zigarettensteuergesetzes beseitigt werden. Ein Zentrumsantrag schlägt in Rücksicht auf die derzeitigen hohen Tabakpreise die weitere Erhöhung dieser Grenze auf 7 Mark vor. Dieser Antrag wird aber später zugunsten eines konservativen Antrages, der bis auf 8 Mark geht, zurückgezogen.

Staatssekretär Helfferich gibt zu, daß bei der Preisentwicklung der Sach von 5 Mark zu niedrig gegriffen sei, hofft aber, daß die Preise wieder zurückgehen werden, und regt daher das Kompromiß an, es bei dem gesetzlichen Sach von 5 Mark zu belassen; dem Bundesrat aber die Besugnis zu erteilen, diesen Sach zeitweilig zu überschreiten. Antret (Soz.) bestreitet, daß die früheren Tabakpreise je wieder erreicht werden. Die Grenze müsse daher gesetzlich festgelegt werden. Das bedeute auch eine Förderung des Verbrauchs einheimischen Tabaks. Dazu sei aber weiter nötig, die Schnittbreite des Feinschnitttabaks, die in den bestehenden Ausführungsbestimmungen auf zwei Millimeter festgelegt ist, auf einen Millimeter herabzusetzen, denn zwei Millimeter Tabakmittbreite brenne in der Preisse schwer.

Die Herabsetzung der Schnittbreite wird auch in einem Antrag der Konservativen gefordert. Gegen diesen

Antrag wird von den Regierungsvertretern geltend gemacht, daß er das Selbstbrechen der Zigarette begünstigen und einen Steuerausfall bewirken würde. — Antrich und Mollenbuh (Soz.) treten dem entgegen. Aus Tabak von mehr als 1 Millimeter Breite können Zigaretten nicht gut hergestellt werden; auch komme bei den heutigen Tabakpreisen das Selbstbrechen zu teuer. — Die Konservativen Anstätt und Kretsch halten die Einmillimeter-Schnittbreite im Interesse des Verbrauchs deutscher Tabaks, der für die Zigarette nicht in Frage komme, für geboten. — Die Erteilung der Vollmacht an den Bundesrat, die Besteuerungsgrenze von 5 A zu überschreiten, lehnen die sozialdemokratischen Mitglieder ab. Der Reichstag müsse die Entscheidung in der Hand behalten. — Müller-Fulda (Zentr.) beantragt für den Fall der Annahme der steuerfreien Grenze von 8 A den Bundesrat zu ermächtigen, diesen Satz bis auf 5 A zu ermäßigen. Bei der Abstimmung wird der Satz von 8 A einstimmig, der Zusatzantrag Müller gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Auch der auf die Ausführungsbestimmungen hinzielende Antrag über die Schnittbreite findet Zustimmung.

Artikel 3 setzt den Kriegsausschlag fest, der betragen soll 3—25 A für das Tausend Zigaretten und 3—12 A für das Kilogramm Zigarettenabak. Für Zigarettenpapier wird eine Abgabe von 6 A pro Tausend Zigarettenhüllen gefordert. Für Zigaretten aus Betrieben, die erst nach dem 30. September 1915 angemeldet worden sind, soll der Kriegsaufwand im dreifachen Betrag erhoben werden. — Von den Nationalliberalen wird beantragt, statt den 30. September 1915, den 1. Mai 1916 zu setzen, und auch die Betriebe von der dreifachen Kriegsteuer auszunehmen, die bereits vor diesem Termin bauische Vorbereitungen für die Einrichtung getroffen haben. — Nach längerer vertraulicher Aussprache über diese Bestimmung wird der Antrag zurückgezogen.

Die Nationalliberalen beantragen weiter folgenden Zusatz: „Hat die Herstellung einer Fabrik mehr als 10 v. H. über die im Vorjahr erzeugte Menge hinaus betragen, so tritt für diese Mehrezzeugung ein sechsfacher Kriegsausschlag ein.“ — Die Abgeordneten Heib und Schulerburg begründen diesen Antrag unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der mittleren und kleineren Betriebe. — Haas (Fortchr. Sp.) hält, da jede steuerliche Belastung der Zigarette den Großen nur Nutzen, den Kleinen nur Schaden gebracht habe, die vorgeschlagene Kontingentierung für erwünscht. — Wicmer (Fortchr. Sp.) dagegen erklärt, seine Partei könne auf die Kontingentierung weder jetzt noch später eingehen. — Ebenso hält Blund (Fortschrittliche Sp.) den Antrag für sehr bedenklich, auch vom Standpunkt des Verbrauchers aus, da der Großbetrieb billiger arbeite. Man könne nicht die Entwicklung zum Großbetrieb, die die Monopolisierung erleichtere, hemmen. — Auch Herold (Zentr.) bezeichnet den Antrag der Nationalliberalen als einen ungeeigneten Weg zum Schutz der Kleinen. Ein besserer Weg wäre nach seiner Meinung eine Staffelfsteuer nach dem Muster der Brauksteuer.

Staatssekretär Helfferich betrachtet den Antrag als schwerwiegend. Er bedeute eine Hemmung der Produktion und der Einnahmementwicklung. Andererseits wäre der Antrag unter dem Gesichtspunkt des in Aussicht genommenen Zigarettenmonopols nicht unwillkommen. Man werde den Gedanken bis zur zweiten Lesung überlegen müssen.

Reichmann (Soz.): Der im Entwurf geforderte Kriegszuschlag von 6 A auf 1000 Zigarettenhüllen ist zu hoch und steht in gar keinem Verhältnis zu dem eigentlichen Werte. Das Tausend Hüllen wird zu 29 S bis 1,20 A hergestellt. Ein Kriegszuschlag in der vorgeschlagenen Höhe wird die Hüllenproduktion schädigen und zu Arbeiterentlassungen führen. Es ist dringend zu wünschen, daß der Kriegszuschlag ermäßigt wird. Wie es den Anschein hat, wird es zur Besteuerung der Zigarette kommen. Trotzdem aber gestatte ich mir noch einmal, davor zu warnen. Die Belastung der Einpfeinig-Zigarette, die für 7 A pro 1000 Stück ab Fabrik zu bekommen ist, soll für die Folge an Zoll 1,56 A, an Banderole 2 A und an Kriegszuschlag 3 A, also zusammen 6,56 A tragen. Bei einer solchen Belastung wird es unmöglich, diese Zigarette zu produzieren und in den Handel zu bringen. Die Produktion der verbesserten Einpfeinig-Zigarette betrug 31,7 Proz. im Jahre 1913. In ähnlicher Weise ergeht es der 2 1/2-Pfeinig-Zigarette. Hier beträgt die Belastung 9,56 A pro 1000 Stück bei einem Fabrikpreis von durchschnittlich 14,50 A. Die Produktion dieser Zigarette betrug 36,2 Proz. im Jahre 1913. Der allergrößte Teil der Zigarettenproduktion wird in unerträglicher Weise belastet werden. Will man den früher in Aussicht stehenden Rückgang des Verbrauchs an Zigaretten und damit größere Arbeiterentlassungen vermeiden, so müssen die Kriegszuschläge erheblich ermäßigt werden. Nun wird von Fabrikanten und Händlern gewünscht, daß eine Bestimmung geschaffen werden möge, die die Pflicht ausspricht, daß der Kriegszuschlag auch erhoben werden dürfte. Vielleicht empfiehlt es sich im Sinne dieses Wunsches zu handeln.

Staatssekretär Helfferich ist für die Zukunft hoffnungsvoll gestimmt angesichts der Lebensfähigkeit, die die Zigarette bisher bewiesen habe. — Der Reichsparteiler Weymann schlägt mit dem Vorschlage eines gleichmäßigen progressiven Ausschlags an den Widerpruch eines Regierungsvertreters. Die Gewährungsfreiheit innerhalb der Steuererträge werde damit eingeeignet. — Antrich (Soz.) erklärt wiederholt, daß der grundsätzliche Widerstand gegen diese Steuer solange fortbestehe, als nicht nachgewiesen sei, daß die notwendigen Einnahmen nicht aus anderen Steuern zu holen seien. Die Wirkung der Vorlage werde sein: Verdrängung der letzten Reste der Handarbeit durch Maschinenarbeit, Vernichtung der kleinen Existenzen in Produktion und Verkauf. Mit der Kontingentierung habe man die Entwicklung zum Großbetrieb auch nicht auf. — In demselben Sinne spricht Kante (Soz.). — Sozialist (Pole) empfiehlt seinen Antrag, für Zigarettenhüllen 2 A statt 6 A pro Tausend zu erheben, erklärt aber namens seiner Fraktion, daß sie gegen die ganze Vorlage stimmen.

Reichmann (Soz.): Der von mir vorgefragene Wunsch, eine verpflichtende Bestimmung zur Erhebung des Kriegszuschlages zu schaffen, ist ein Wunsch der Fabrikanten und Händler. Ich erlaube an, daß die Durchführung auf Schwierigkeiten stoßt und eine gewisse Gefahr im Gefolge hat. Wichtiger ist der Wunsch der Interessenten jedoch, die Besteuerung der Zigarette bis nach dem Kriege zu verlagern.

Die Abstimmung erfolgt in der nächsten Sitzung. Sitzung vom Donnerstag, dem 11. Mai. Zu Beginn seiner Donnerstags-Sitzung erlebte der Steueraussschuß des Reichstages zunächst die auf den Kriegsausschlag für Zigaretten sich beziehenden Anträge. Der Antrag der Nationalliberalen, der eine Kontingentierung der Produktion mit sechsfacher Besteuerung des Ueberkontingents erstrebt, wurde zurückgezogen, nachdem Mäier-Kaufmann (Zentr.), Kretsch (Konj.), Wicmer (Fortchr. Sp.) und Staatssekretär Helfferich ihre Sympathie für den Grundgedanken ausgesprochen, die Form des Antrags aber für verbesserungsbedürftig erklärt und eine Nachprüfung desselben bis zur zweiten Lesung sich vorbehalten hatten. Der Staatssekretär betonte dabei, der Antrag würde nahezu prohibitorisch wirken und nicht abzusehende finanzielle Wirkungen zur Folge haben.

Zu der Frage der dreifachen Besteuerung von Betrieben, die erst nach dem 30. September 1915 angemeldet worden sind, teilte der Staatssekretär mit, daß eine Klärung über das Verhältnis zur österreichischen Tabakregie erzielt und gegen den in der vorigen Sitzung angeregten Zusatz, wonach der Bundesrat ermächtigt werden soll, Ausnahmen zuzulassen, nichts einzuwenden sei. Dieser Zusatz wird nun von Mäier-Kaufmann beantragt und vom Ausschuss angenommen. Im übrigen werden die Steuerföhe der Vorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Polen angenommen mit der einen Aenderung, daß der Zigarettenabak nicht von 10 A, sondern von 8—10 A das Kilogramm mit 3 A belastet wird. Diese Aenderung findet einstimmige Annahme. Aber auch hier wird, wie bei der steuerfreien Grenze für Feinschnittabak hinzugesagt: „Der Bundesrat wird ermächtigt, die Preisgrenze bis auf 5 A zu ermäßigen.“ Weiter wird auf Antrag Müller-Fulda beschlossen, „der Kriegsausschlag ist auf Antrag für eine Frist von drei Monaten ohne Sicherheit zu stunden.“ Im weiteren Verlauf der Sitzung wird diese Bestimmung vom Bremer Bundesratsvertreter Biermann angefochten, weil Stundung ohne Sicherheit nicht in allen Fällen gewährt werden könne. Eine Aenderung in zweiter Lesung wird vorbehalten.

Nunmehr wird auf den Artikel 1, der die Erhebung der Zigaretten- und Zigarrenbesteuerung regelt, zurückgegriffen, dazu liegt der Antrag Müller-Fulda auf Streichung vor.

Staatssekretär Helfferich bittet dringend, den Artikel 1 nicht ohne weiteres zu streichen. Die Regierung könne auf den Mehretrag aus dem Tabak nicht verzichten. Für die Zigarettenindustrie würde auch ein unerträglicher Zustand entstehen, wenn sie einseitig unter Schonung der Zigarren um 37 Millionen belastet würde. Das Verhältnis würde zugunsten der Zigarre verschoben werden. Ueber den Erlös des Tabakvereins, das Inkrafttreten der Wertzollerhöhung zu verschieben, ließe sich reden. Man könne der Ertragsart die Befugnis geben, den Zeitpunkt des Inkrafttretens festzusetzen. Aber die Entscheidung über die Erhöhung sollte jetzt erfolgen. Die Regierung lege auf das Zustandekommen des Gesetzes als Ganzes den allergrößten Wert.

Abg. Mollenbuh (Soz.): Das war eine Rede gegen die Zigarettenbesteuerung. Vielleicht wäre die Folge der Streichung der Zigarettensteuer, daß die Regierung das ganze Gesetz fallen läßt. Das wird uns erst recht bestimmen, für die Streichung des Artikels 1 zu stimmen. Die den manchen Seiten verfolgte Absicht, den Uebergang von der Zigarette zur Zigarre zu erzwingen, wird nicht erreicht werden. Die Folge der Zigarettensteuererhöhung wird nicht die sein, daß mehr Zigarren, sondern die, daß weniger Zigaretten geraucht werden. Will das der Staatssekretär verhindern, so muß er die ganze Vorlage zurückziehen.

Sächsischer Bundesratsvertreter Eichardt: Ich halte es für ganz ausgeschlossen, daß ein so ungeheurer Weg beschritten wird, wie ihn der Antrag auf Streichung des Artikels 1 zu gehen plant. Gerechtigkeit ist das A und O der indirekten Besteuerung. Ich finde den Versuch ganz erkaunlich, den einen Zweig einer Industrie zu belasten und den anderen zu schonen. Der Wert der Gesamterzeugung an Tabakfabrikaten beträgt 1086 Millionen Mark. Davon entfallen auf die Zigarette 334 Millionen = 31 Prozent. Die Zigarette würde nun tragen 174 Millionen Steuern gegen 115 1/2 Millionen, die von der Zigarre und dem Tabak getragen werden. Die Zigarette ist also schon vorab belastet. Eine weitere Vorbelastung müßte zur Erdrückung der Zigarettenindustrie führen. Die Empörung, die dann eintreten würde, wäre ganz berechtigt. Die Zigarettenfabrikanten haben die Preise schon bisher so stark erhöhen können, daß sie sich nicht belagern dürfen. Die Zigarettenindustrie kann dagegen den Preis der Rohmaterialien bei Gestaltung der Verkaufspreise nicht folgen. Ich hoffe, daß die Streichung des Artikels 1 nicht beschlossen wird, und wenn doch, daß dann der Bundesrat dem Gesetz nicht zustimmt.

Abg. Kretsch (Konj.): Wir werden für den Artikel 1 stimmen, da auch die Zigarre herangezogen werden muß, und weil wir bei dieser Gelegenheit den einheimischen Tabak schützen wollen.

Abg. Haas (Fortchr. Sp.): Wir stimmen in der ersten Lesung dem Antrag Müller zu. Es ist aber sehr wohl möglich, daß wir in der zweiten Lesung zu einer anderen Haltung kommen. Das hängt von der Gestaltung des ganzen Steuerwerks ab. Die vom sächsischen Regierungsvertreter vorgebrachten Riffern haben keine Beweiskraft. Die Quantität des Materials entscheidet nicht. Die Zigarettenindustrie kann die Steuer tragen. Trotz aller steuerlichen Belastung weist sie eine glänzende Entwicklung auf. Eventuell ist also auch die Zigarettensteuer allein möglich.

Abg. Mollenbuh (Soz.): Der sächsische Vertreter mußte in Konsequenz seiner Anschauung zur Ablehnung der ganzen Vorlage kommen. Die Ungerechtigkeit kann er bei indirekten Steuern überhaupt nicht vermeiden. Die Ungerechtigkeit der einseitigen Zigarettenbelastung hatte allerorts Vorbilder. Die Gefahr der Erdrückung wird für die Zigarettenindustrie nicht beseitigt durch eine gleichzeitige Mehrbelastung der Zigarre. Ich würde keinen Selbstmord begehen, wenn die Folge des Antrags Müller das Scheitern der ganzen Vorlage wäre.

Abg. Müller-Fulda (Zentr.): Die Verhältnisse haben sich zugunsten der Zigarette verschoben. Die Zigarette würde übrigens nach dem Antrag von der Steigerung des Wertzuschlages verschont bleiben. Aber wir sind bereit, den Tabak im ganzen mehr zu belasten, nur muß das auf Grund einer allgemeinen Verständigung der Parteien geschehen. Wir glauben einer solchen Verständigung den besten Dienst zu leisten, wenn wir in der ersten Lesung den Artikel 1 ablehnen.

Abg. Meyer-Herford (Nat.): Bei der günstigen Lage der Zigarettenindustrie wäre eine einseitige Belastung derselben zu ertragen. Aber wir behalten uns unsere Stellungnahme vor und werden uns deshalb in diesem Stadium der Stimme enthalten.

Bei der Abstimmung stimmen nur die Konservativen und ein Reichsparteiler für den Artikel 1 der Regierungsvorlage. Die Sozialdemokraten, die Fortschrittler und der polnische Vertreter stimmen dagegen. Das Zentrum enthält sich also der Stimme bei der Abstimmung über seinen eigenen Antrag, ebenso die Nationalliberalen.

Hierauf wird Artikel 4 mit den aus den bisherigen Beschlüssen sich ergebenden Aenderungen angenommen.

Die Sozialdemokraten beantragen als Artikel 5 folgende Bestimmung einzufügen: „Die mehr als ein Jahr im Tabakgewerbe und den durch dieses mittelbeschäftigten Gewerben beschäftigt gewesenen Hausgewerbetreibenden und Arbeiter, welche nachgewiesenermaßen infolge dieses Gesetzes innerhalb des ersten Jahres nach dessen Inkrafttreten entweder vorübergehend oder für längere Zeit arbeitslos werden, ohne anderweit entsprechende Beschäftigung zu finden, oder wegen Einschränkung des Betriebes geschädigt werden, erhalten Unterstützung bis zu einem Zeitraum von zwei Jahren. Zu diesem Zweck werden den Einzelstaaten die erforderlichen Mittel, dem festgestellten Bedürfnis entsprechend, überwiesen.“

Die näheren Vorschriften über Umfang und Bedingungen der Zuwendungen erläßt der Bundesrat, jedoch mit der Maßgabe, daß die Unterstützung im Falle eingetretener Arbeitslosigkeit nicht weniger betragen darf, als drei Viertel des entgangenen Arbeitsverdienstes.“

Abg. Bund (Soz.): Der Artikel 1 wird wieder aufgegeben. Aber auch, wenn er dauernd fällt, muß Vorkehrung getroffen werden für die arbeitslos werdenden Arbeiter. Unser Antrag entspricht der Bestimmung von 1909, erstreckt sich aber auch auf die in verwandten Berufen beschäftigten Arbeiter. Trifft wider Erwarten keine Arbeitslosigkeit ein, so ist der Antrag erst recht unbedenklich. Aber wir dürfen uns nicht täuschen lassen durch die Kriegskonjunktur. Der Konsumrückgang wird kommen. Kriegervitwen und Kriegsverletzte werden dann vorwiegend betroffen werden. Ich bitte dringend um Annahme des Antrages.

Staatssekretär Helfferich: Ich betrachte die Abstimmung über den Artikel 1 nicht als eine definitive, denn die Mehrheit hat sich ja der Stimme enthalten. Ich hoffe auf die Annahme in der zweiten Lesung. Im anderen Falle würden die Verbündeten Regierungen vor die schwere Frage gestellt, ob sie dem ganzen noch zustimmen können. Bei dem sozialdemokratischen Antrag sind die Arbeiterzahlen von Interesse. Die Zigarettenindustrie beschäftigte 1901: 5555, 1914: 17 694 Arbeiter. Der Durchschnittslohn betrug 1901: 615 A, 1914: 931 A pro Jahr. Die Wahl des jetzigen Zeitpunktes für die Steuererhöhung geschah hauptsächlich mit Rücksicht auf die günstige Lage des Arbeitsmarktes. Während des Krieges ist kein Rückgang zu erwarten. Auch nicht in der ersten Zeit nach dem Kriege. Aber wenn Arbeitslosigkeit eintreten sollte, so doch wohl nur dadurch, daß aus dem Felde zurückkehrende Arbeiter nicht wieder in die Industrie hineinkommen. Wie soll dann festgestellt werden, ob die Steuer die Ursache der Arbeitslosigkeit ist? Auf vielen Gebieten bringt der Krieg Umwälzungen. Die Regierung hat sich der Pflicht zu helfen, wo es nötig war, nicht entzogen und wird es auch künftig nicht tun. Aber ich möchte dringend warnen, auf dem Steuergebiet während der Kriegszeit einen Präzedenzfall zu schaffen, vor allem wegen der finanziellen Konsequenzen.

Abg. Blund (Fortchr. Sp.) kommt nach Abwägung der Gründe für und gegen dem Ergebnis, daß es unbedenklich sei, dem Antrag zuzustimmen.

Reichmann (Soz.): Es ist richtig, nach den vorliegenden Riffern hat sich die Zigarettenbranche trotz der Belastung im Jahre 1906 und 1909 recht günstig entwickelt. Trotzdem steht aber fest, daß viele Arbeiter geschädigt wurden. Die Besteuerung der Zigarette förderte die mechanische Produktion, um die Produktionskosten zu verringern, was zur Folge hatte, daß viele Handarbeiter und Handarbeiterinnen in der Zigarettenbranche dauernd aus der Arbeit entlassen wurden. Besonders trifft dies zu für Berlin und Dresden, den Hauptplätzen der deutschen Zigarettenbranche. Eine abermalige Belastung, die nunmehr wohl als beschlossene betrachtet werden kann, wird dazu führen, daß der Rest der Handarbeiter und Handarbeiterinnen aus der Zigarettenbranche gänzlich hinausgedrängt wird. Dazu kommt, daß Arbeiter und Arbeiterinnen mit besseren Löhnen durch Neueinstellungen von solchen mit niedrigeren Löhnen ersetzt werden. Die Besteuerung wird sicher diese Schädigung der Arbeiter im Gefolge haben, so daß es dringend erforderlich ist, für die Arbeitslosen aufzukommen. Wir erwarten dringend, daß die Kommission unserem Antrage die Zustimmung nicht versagen möge.

Der sozialdemokratische Antrag wird mit dem

Stimmen der Antragsteller, der Fortschrittler, des Volen und des Nationalliberalen Meyer-Herrford ange- u o m e n .  
Bei der Festsetzung der nächsten Sitzung, die vorläufig auf Dienstag in Aussicht genommen ist, fragt H o g . K e i l den Staatssekretär, ob es richtig sei, daß die Regierung eine neue U m s a t z s t e u e r v o r l a g e ausarbeite, und bittet, beziehendfalls dieselbe nicht erst im letzten Augenblick zu überreichen. Staatssekretär D e l l e r i c h bestätigt, daß die Idee der Umsatzsteuer von der Regierung geprüft werde. Ob die Regierung mit einem Vorschlag komme, oder ob die Form eines Antrags aus der Mitte des Hauses gewählt werde, sei noch zweifelhaft.

### Das heftige Bauerndübel und die Sabattener

Ein sonderbarer Vergleich! So wird vermundert mancher Leser sagen, aber es wird ihm gleich Klarheit geschaffen, wenn er erfährt, daß in Hessen, und zwar ganz besonders im Gießener Bezirk, die Tabakindustrie sehr heimisch ist. Die weiblichen Landbewohner bilden den weit-aus größten Bestandteil der in dieser Industrie beschäftigten Personen überhaupt.  
Schon in Gießen selbst, wo die Zigarrenindustrie vorherrschend ist, zeigt sich des morgens in aller Frühe ein buntes Bild. Von allen umliegenden Ortshäusern, welche teilweise 2-3 Stunden entfernt liegen, sieht man die noch in ihrer echt heftigen Bauerntracht gekleideten Mädel und Frauen hereingepilgert kommen. Kurze, bunte Hübe, bis kaum über die Knie gehende Röschchen, bunte Mieder, in allen Farben schillernde Rockbesätze, Schürzen, Hals- und Kopftücher, kurzum, wohl nirgends bietet sich einem solch ein buntes Bild der Trachten, als wie unter den heftigen Landbewohnern, welches ja nun leider durch die viele Trauer, welche auch hier über die Bevölkerung hereingebrochen ist, und die tiefschwarze Kleidung vermischt ist. Wenn nun auch die Tracht eine rein häuerliche geblieben ist, so gehört doch die dazu passende Beschäftigungsart bei diesen Leuten längst verklungenen Zeiten an.  
Aber nicht nur in Gießen selbst, sondern in zirka 80 Orten, welche in nächster Nähe oder etwas entfernter liegen, ist die Tabakindustrie sehr stark verbreitet. Fast in jedem Orte ist eine oder sind mehrere Zigarrenfabriken, welche den Hauptnahrungsweig der Landbewohner bilden. Ganz besonders während der Kriegszeit haben die Betriebe, sowie die beschäftigten Personen an Zahl sehr stark zugenommen. Auch die Heimindustrie wird immer mehr verbreitet. So manche Kriegsfrau hätte sich's nicht träumen lassen, daß der Tabak ihr Zufluchtsort werden würde. Es trifft wohl zu, daß ein großer Teil dieser Leute, nachdem sie sich in der Fabrik abgerackert haben, über Feierabend noch landwirtschaftliche Arbeiten verrichten müssen, daß auch einige im Sommer ein paar Tage oder Wochen ausreisen und diese Zeit für landwirtschaftliche Arbeiten verwenden; aber den Hauptnahrungsweig bietet einzig und allein nur die Tabakindustrie. Die Tätigkeit in der Landwirtschaft ist gewissermaßen nur ein Ausgleich der geringen Löhne, die die Tabakarbeiter hier erhalten.

Wenn nun, wie schon erwähnt, die Tabakindustrie den Hauptnahrungsweig für diese Arbeiter bildet, so ist es erklärlich, wenn sich eine große Beunruhigung dadurch, daß auch für sie die Gefahr der Arbeitslosigkeit infolge einer neuen Tabaksteuer droht, bemerkbar macht. Schon kurz nach Kriegsausbruch, wo auch im Gießener Bezirk eine große Anzahl der Fabrikanten die Betriebe still legte und wo in bezug auf Lebensmittelteuerung die Verhältnisse nicht so ungünstig waren, wie gegenwärtig, war man über die zukünftige Existenz ratlos. Man ist sich auch hier völlig klar darüber, daß nach Beendigung des Krieges ein Nachlassen des Geschäftsganges eintreten wird, daß aber die Regierung den Schritt tut und sogar während der Kriegszeit eine neue Tabaksteuer einführt, hätte man selbst in den entlegensten Orten nicht geglaubt.

Welche Angst man überhaupt in manchen Orten vor dem Arbeitsloswerden hat, zeigt sehr oft der schwache Versammlungsbefuch. Es herrscht oft die naive Ansicht, daß derjenige, der an der Versammlung teilnimmt, die Arbeit verliert; welche Gefahr, wie man annimmt, dann um so größer wird, wenn man sich gar dem Verband anschließt, was natürlich in den meisten Fällen auf die Einschüchterungsversuche mancher Fabrikanten und Werkmeister zurückzuführen ist; wenn diese es nicht selbst machen, haben sie immer ein paar Günstlinge in der Fabrik, die die Einschüchterungskunststücke fertig bringen. Doch dies nur nebenbei; es sollte nur ein kleiner Hinweis sein, mit welcher, allerdings sehr rückständigen Ansicht man dem Schließen der Betriebe vorbeugen will. Daß natürlich unter diesen Umständen die Fabrikanten sehr billige und willige Arbeitskräfte besitzen, ist erklärlich.

Trifft aber nun zu, was nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern auch von vielen sachkundiger Fabrikanten festgestellt ist, daß mehr als der vierte Teil der in der gesamten Zigarrenindustrie beschäftigten Personen arbeitslos wird, so droht auch der heftigen Bevölkerung eine sehr ernste Gefahr.

Was soll es geben, so fragt man sich hangend, wenn in dieser teuren Zeit, wo in den meisten Familien der Verdienst des Mannes, Vaters oder Bruders fehlt, nun die Frau oder das Mädel, welche jetzt durch ihren Verdienst zur Erhaltung der Familie beitragen muß, gar noch arbeitslos wird? Schon jetzt, bei regulärer Arbeitszeit und dementsprechendem Verdienst, geht diese Zeit infolge der hohen Krankheitsziffern unter den Tabakarbeiterinnen, nicht spurlos vorüber; aber welche unabsehbaren Folgen und Wirkungen müssen erst eintreten, wenn dieser Verdienst wegfällt! Nirgends ist diesen Arbeiterinnen Gelegenheit gegeben, sich anderweitig zu betätigen, da keine andere Industrie vorhanden ist. Die Folge wird sein, daß eine große Verelendung, ganz besonders in dieser Zeit, eintreten muß.

Deshalb protestieren auch die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen in Hessen ernst gegen jede weitere Belastung des Tabaks. Das ist in vielfach stattgefundenen Versammlungen zum Ausdruck gebracht worden. A. K.

### Rundgebungen der Tabakarbeiter.

Eine am 6. Mai in Magdeburg stattgefundene Versammlung nahm Stellung zur Erhöhung der Tabaksteuer. Das Referat hatte Gauleiter W i e s e n . Die Versammlung protestierte durch Annahme der Hamburg-Altmaier Resolution gegen jede weitere Belastung der Tabakindustrie. Die Resolution soll dem Abgeordneten des Kreises, Genossen Landsberg, übersandt werden mit der Bitte, in ihrem Sinne zu wirken.

In D o y fand am 9. Mai eine Versammlung von Arbeitgebern statt, die vom christlichen und unserem Verband arrangiert war. Gauleiter S c h l i t t e r referierte. Eine Resolution gegen jede weitere Belastung unserer Industrie wurde angenommen und ausgesprochen zum einmütigen Anschluß an die Organisation.

### Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

**Borsenden (Hann.).** Die Firma U g . S a u s e W w e . erhöhte die Teuerungszulage auf 10 Proz. des Verdienstes. **Vegeack (Bremen).** Die Firma G e b r . G r o t e erhöhte die Teuerungszulage auf 15 Prozent.

**Gießen u. Umg.** Die Firma G . P h . G a i l in Alendort a . b . L . erhöhte die Teuerungszulage von 5 auf 10 Prozent. Die Firma D . S a a s in Ringenbach erhöhte die Teuerungszulage von 5 auf 10 Prozent.

**Stuttgart und Umgebung.** Eine bei der Firma W e n s c h e i u . K a z (Zigarrenbranche) eingeleitete Bewegung führte zum Abschluß eines Tarifvertrages, der die Arbeitszeit, die Einstellungslehre und die Lohnsteigerungen, sowie die Zahlung der Ueberstunden und die Sonntagsarbeit und die Ferien regelt. Die gemachte Lohnzulage beträgt, abgesehen von der am 1. Mai getätigten Teuerungszulage von 1 M pro Woche, 10 Proz. Die Firma F i l i t z u . C o . hob den Tarifvertrag zum 1. Mai auf und ist nicht zu bewegen, ein neues Tarifvertragsverhältnis einzugehen, auch nicht zu bewegen, im Sinne der tariflichen Bestimmungen zu handeln, obwohl feststeht, daß diese Firma große Verluste erleidet.

**Oranienbaum.** Die Firmen C . E . B ü r k n e r , G u t . P e l z i g , G a u d i g u . F r i e d r i c h M a a r l e r u . K r a f t , N e u p e r t , R u d . S c h m i d t M a c h i . K e l s c h u . C o . erhöhten die Teuerungszulage von 5 auf 10 Prozent des Verdienstes, und die Firma G e h r a m S c h u l z e u . G . m . H . erhöhte die Teuerungszulage von 5 auf 1 M pro Woche.

**Finsterwalde (Brandenb.).** Die Firma M i c h . K ä z mit der ein Tarifvertrag besteht, gewährte abermals eine Teuerungszulage von 1 M pro Woche, so daß die gesamte Teuerungszulage 3 M pro Woche beträgt.

### Gesetzlicher Schutz für die weibliche und jugendliche Arbeitskraft.

Die stark gesteigerte Verwendung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß macht eine Erweiterung des geltenden gesetzlichen Arbeiterinnen- und Jugendschutzes dringend notwendig.

Die Gesundheit der Arbeitenden und der kommenden Generation, die Rücksichtnahme auf die geistig-sittliche Entwicklungsmöglichkeit der heranwachsenden Jugend, auf das Kulturbedürfnis der Erwachsenen und deren wirtschaftlichen, sozialen und weltlichen Pflichtenkreis, und nicht zuletzt das Gesamtinteresse der Gesellschaft an dem Gedeihen ihrer einzelnen Mitglieder erfordern die Errichtung hinlänglich hoher und starker Schranken gegen die kapitalistische Ausbeutung menschlicher Arbeitskräfte.

Im Widerspruch zu dieser Notwendigkeit steht die Tatsache, daß noch immer das Notgesetz gilt, welches, bei Ausbruch des Krieges geschaffen, dem Reichskanzler die Befugnis einräumt, den bereits bestehenden gesetzlichen Schutz für Arbeiterinnen, Jugendliche und Kinder außer Kraft zu setzen.

Die tatsächlichen Verhältnisse, unter denen die Arbeitenden heute schaffen, schreien geradezu nach einer erweiterten Schutz. Um so mehr wird deshalb der durch das Notgesetz geschaffene Zustand als schwer drückend und unhaltbar empfunden und seine Beseitigung herbeigesehnt. Einer in politischen und gewerkschaftlichen Kreisen allgemeinen Auffassung gibt deshalb die nachfolgende Petition Ausdruck, die Ende März von den Genossinnen F r i e z und Hanna dem Reichstage eingereicht wurde:

Petition betreffend Arbeiterinnen- und Jugendschutz.

Die Unterzeichneten richten an den Reichstag die dringende Bitte:

1. Um Aufhebung des Notgesetzes vom 4. August 1914, nach welchem der Reichskanzler für die Dauer des Krieges die Vorschriften der Gewerbeordnung über den Arbeiterinnen-, Jugend- und Kinderschutz außer Kraft setzen kann.

2. Um Einführung des Achtstundentages für Frauen, mindestens für die in der Schwerindustrie (Großeisenindustrie, Bergbau, Erdarbeiten, Müllabfuhr und andere mehr) beschäftigten weiblichen Personen.

Begründung.

Die Aufhebung der Vorschriften der Gewerbeordnung über den Arbeiterinnen-, Jugend- und Kinderschutz durch das Notgesetz vom 4. August 1914 erregte von vornherein Bedenken, die man aber zurückstellte, weil allgemein mit einer kurzen Dauer des Krieges gerechnet wurde und deshalb gesundheitliche und sittliche Gefahren für die Arbeitenden bei einer bloß vorübergehenden Beseitigung der Schutzbestimmungen nicht zu erwarten waren. Dies um so weniger, als auch in dem Ministerialelaß vom 10. August als allgemeine Ansicht hervorgehoben wurde, daß bei der Bewilligung von Ausnahmen mit großer Vorsicht zu verfahren sei, und daß insbesondere Ausnahmen von den Bestimmungen über die Beschäftigung von Kindern nur in den dringendsten Fällen gewährt werden sollten.

In Wahrheit hat die Ueberarbeit der Frauen, der Jugendlichen und Kinder in einem Maße zugenommen, wie sie niemand vorausgesehen hat.

Die Frauen sind in Berufe eingebunden, die ihnen bisher verschlossen waren und die für den weiblichen Organismus schädlich sind oder wenigstens nur bei den sorgfältigsten Schutzbestimmungen ohne tiefgreifende Schäden ausgeübt werden können. Es sei nur erinnert an die Beschäftigung mit gewerblichen Giften in der chemischen und der Sprengstoffindustrie, an das Heben schwerer Lasten bei der Geschloßfabrikation, in den Mähtenwerken und andere mehr.

Die Beschäftigung von Frauen, jugendlichen und kindlichen Arbeitskräften in einem über die Bestimmungen der Gewerbeordnung hinausgehenden Umfange ist auch nicht nach den ursprünglichen Intentionen der Regierung und Parteien auf Ausnahmefälle beschränkt geblieben, sondern ist vielfach zur Regel geworden. Viele Tausende Frauen und jugendliche Personen beiderlei Geschlechts leisten in sehr erheblichem Umfange Ueber-, Nacht- und Sonntagsarbeit. Die Ueberbürdung, in Verbindung mit der Unterernährung als Folge der außerordentlichen Teuerung und der Knappheit vieler Lebensmittel, ist von verhängnisvollen Folgen für die Gesundheit der Betroffenen, die meistens auch noch von tiefem Seelenleid bebrückt sind, und für die Entwicklung der nachfolgenden Generation, die unter solch ungünstigen Verhältnissen getragen und geboren sind. Wir fügen einige ärztliche Urteile bei.

Dabei ist nicht zu verkennen, daß der betreffende Zustand leider auch zu einer sehr ungünstigen Beeinflussung der noch nicht gefestigten jugendlichen Arbeiter geführt hat. Und schließlich sei noch erwähnt, daß die dauernde Uebermüdung, die zur Entkräftung und Gesundheitschädigung führt, den Eintritt der Invalidität beschleunigt und die Unfallgefahr erhöht.

Die Volksgesundheit und die Charakterentwicklung der Jugend sind also schwer bedroht.

Dabei kann der Grund durch Einstellung von weiblichen und jugendlichen Personen ohne die Beschränkung durch die Arbeiterschutzgesetze eine Stodung im Arbeitsprozeß zu verhüten, gegenwärtig auch nicht mehr geltend gemacht werden. Das „Reichsarbeitsblatt“ vom Februar 1910 meldet vielmehr, daß für 183 weibliche Arbeitsuchende nur 100 offene Stellen vorhanden waren. Allein in Berlin stieg im Januar 1916 gegen den Vormonat die Zahl der arbeitssuchenden Frauen von 10 700 auf 14 200, die der offenen Stellen für sie jedoch nur von 8050 auf 8220. Und ähnlich sind die Berichte sämtlicher Arbeitsnachweise, die regelmäßig ihre Einsendungen machen; der Verband märkischer Arbeitsnachweise, der ostpreussische Verband, der polenische die Hamburger Landeszentrale für Arbeitsnachweise, das württembergische Staatslandesamt und der Verband westfälischer Arbeitsnachweise. Nach dem westfälischen Bericht kommen sogar auf 216,5 Arbeitsuchende nur 100 offene Stellen. Über auch die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden stieg in Berlin im Januar von 11 700 auf 16 100 und die der offenen Stellen nur von 11 350 auf 13 400.

In dem schon erwähnten Ministerialelaß vom 10. August 1914 heißt es aber ausdrücklich: „Bei der Bewilligung von Ausnahmen müsse unter allen Umständen beachtet werden, daß dadurch die Arbeitslosigkeit der durch den Krieg arbeitslos gewordenen Männer nicht vermindert werde.“

Durch die Ueberarbeit der Beschäftigten ist nunmehr die Beeinträchtigung der Arbeitsmöglichkeit für Männer und Frauen eingetreten.

Damit steht die weitere Zulassung von Ausnahmen im Widerspruch zu dem Willen der Gesetzgeber und dem klaren Wortlaut der ministeriellen Ausführungsbestimmungen; die Befestigung der Ausnahmen wäre also ein Akt der Gerechtigkeit und eine segensreiche sozialpolitische Tat.

Die Aufhebung des Notgesetzes und die Einführung der Achtstundenschicht für Frauen mindestens in der Schwerindustrie, würde Tausenden Beschäftigung und Verdienst geben und viel Not und Sorge von der Arbeiterschaft nehmen.

Die Unterzeichneten erwarten deshalb, daß im Interesse der Arbeitenden und im Interesse der Volksgesundheit ihre Wort Beachtung finden und ihre Bitte erfüllt wird. Für die sozialdemokratischen Frauen Deutschlands:

Ruise F r i e z  
Für: das Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Gertrud Hanna.

Die angefügten ärztlichen Gutachten mußten wir aus Raumangel weglassen. Unsere Leser finden sie in der von der Genossin F r i e z verfaßten Broschüre: „Zur Frage der Frauenerwerbsarbeit während des Krieges und nachher“, die in der „Vorwärts“-Buchhandlung erschienen und in allen Parteibuchhandlungen zu haben ist.

In erster Linie ist es Sache der politischen und gewerkschaftlich organisierten Frauen, im Rahmen der Gesamtbewegung für die Durchsetzung obiger Forderungen zu wirken.

### Gewerkschaftliche Frauenzeitung.

Vom Januar 1916 ab erscheint im Verlage der Generalkommission unter dem Titel „G e w e r k s c h a f t l i c h e F r a u e n z e i t u n g“, ein Blatt, das beitragen soll, die Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten für die Gewerkschaften zu gewinnen. Das Blatt erscheint alle 14 Tage. Der Deutsche Tabakarbeiterverband ist zunächst nicht in der Lage, seinen weiblichen Mitgliedern das Blatt gratis zu liefern, da es dazu des Beschlusses eines Verbandstages bedarf. Das Blatt kann aber auch abonniert werden, und zwar nicht nur von den Mitgliedern selbst, sondern auch von den Frauen und Töchtern unserer männlichen Mitglieder. Der Bezugspreis beträgt 20 S pro Exemplar und Vierteljahr. Wer das Blatt beziehen will, bestelle es bei der Ortsverwaltung. Unsere Ortsverwaltungen werden hiermit aufgefordert, Bestellungen auf die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“

entgegenzunehmen unter Vorauszahlung des vierteljährlichen Bezugspreises. Allwöchentlich sind uns die etwaigen Bestellungen der Zahl nach mitzuteilen. Der Versand der Blätter erfolgt von hier aus gleichzeitig mit dem „Tabak-Arbeiter“. Die Ortsverwaltungen erhalten je ein Exemplar gratis von uns zugeandt.

### Verbandsteil.

#### Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Delchmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telephonamt Roland 6046. Bureauezeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an H. Nieder-Melland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto bei der Bankabteilung der Groß-Einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. G. in Hamburg, Postfach Nr. 5349 beim Postfachamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krahn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Niendorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an E. Schone, Hamburg, Deisenbinderhof 57 III, Zimmer 45 und 46 (Gewerkschaftshaus) zu adressieren.

Eingelagerte Gelder sind bei mir eingegangen (B. = Verbandsbeiträge, P. = Postkonten):

1. Mai: Bremen B. 200,—, Blasheim B. 15,15, S. Neufreistett B. 20,—, Nordhausen B. 400,—, G. Höchst a. M. B. 25,—, Berlin B. 350,—, Würzburg B. 100,—, Gießen B. 150,—, Strehlen B. 50,—, Frankfurt a. M. B. 100,—, 7. Leisnig B. 50,—, Freiberg

i. B. 100,—, Gelnhausen B. 50,41, S. Zerbst B. 30,—, Sektenberg B. 20,—, Weibheim B. 300,—, Biele B. 150,—, Frankfurt a. D. B. 140,—, Spreitan B. 32,—, Schmolln B. 200,—, Salungen B. 200,—, Osenburg B. 50,—, Altenburg B. 250,—, 9. Burgdamm B. 300,—, 10. Verden B. 400,—, Neuhauß B. 76,04, Dranienbaum B. 160,—, Wajungen B. 80,—, Obermaßfeld B. 15,58; S. 5,08, 12. Bremen B. 250,—, Dittsche B. 50,—, 13. Nürnberg B. 2000,—, Bremen den 15. Mai 1916. W. Nieder-Welland.

Abrechnungen vom 1. Quartal 1916 gingen noch bis 16. Mai ein:  
2. Gau, Hannover: Heijstede; 3. Gau, Nordhausen: Büchsenkämern; 4. Gau, Herford: Nle, Dulsburg, Löhne, Oberhausen, Berle; 9. Gau, Erfurt: Coburg; 10. Gau, Dresden: Wittenberg; 11. Gau, Breslau: Vaugenbier; 12. Gau, Berlin: Senftenberg.

### Adressen-Veränderungen.

Bernode a. S. (2): 1. Bev. Emil Brade wohnt jetzt in Duedlinburg, Heilige-Geiststraße, Zigarrengeschäft.

Soeft (4): S. Kemper.  
Zahr (6): Hartmannsmaun Alb. Dörner, Klostermühlgr. 13, Oberhausen (4): 1. Bev. J. v. Marries in Mühlheim-Sarn, Klosterstraße 9.

Wattenscheidt (4): 1. Bev. Carl Raife in Langendreez, Luthestr. 48.

Soeft: Durchreisende erhalten keine Wanderunterstützung.

### Arbeitsmarkt.

#### Offene Stellen.

Ein Sortierer, mehrere Zigarren- und Wickelmacher, sowie Zigarrenmacher, die selbst Wickel machen, nach Köln, bei gutem Lohn. Mehrere Zigarrenmacher nach Solingen und Weisfalen. Nachfragen: Bauarbeitsnachweis Wiltz, Schlüter, Herford, Cimeterstraße 58, II.

10 Zigarren- und Wickelmacher nach Friedberg bei Frankfurt a. M. Mindestlohn 8 M für Koller und 3 M für Wickel; nach einer Woche erfolgt eine Zulage.

Nachfragen: Bauarbeitsnachweis Franz Schnell, Frankfurt am Main, West 13, Steierwegstr. 6a.

Der Verbandsvorstand.

### Gestorben:

Gestorben am 18. April der Zigarrenarbeiter Wilhelm Gähler aus Calbe a. S., 30 Jahre alt (Nachstelle Magdeburg).

Am 4. Mai starb zu Altenburg der Zigarrenarbeiter Max Zieming aus Altenburg, 71 Jahre alt.

Am 6. Mai starb zu Altona der Zigarrenarbeiter Karl Ksmus aus Parohim, 84 Jahre alt.

Am 13. Mai starb zu Hohenheim die Bekleberin Elise Baumann aus Hohenheim, 20 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!



**Eckstein**  
**Zigaretten**  
Einzig in Qualität  
**Trusfrei**

A-MEYSTEIN & SÖHNE, DRESDEN

Soeben neu erschienen

Modellbogen

**209**

für gebrauchte

Wickelformen

**Größtes Wickelformenlager Deutschlands**

JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER

**L. COHN & CO.**

BERLIN N., BRUNNENSTRASSE NO 24.

Verlangen Sie sofort kostenlos

Unsere Haupt-Preisklisten Modellbogen Zigarrenband Zigarrenring Papier-Tragenth-Muster etc.

Soeben neu erschienen

Modellbogen

**209**

für gebrauchte

Wickelformen

**Größt sucht Zigarren**  
laufend auch nach dem Krieg. Er-  
bitte Papier mit äußerster Präzision  
an Schließfach Nr. 15.  
**Friedberg in Hessen.**

**Hugo Müller, Rohtabak**  
Bremen, Bornstraße 38.  
Brasil-Decker, St. Fels 3.80  
u. 4.— M., Sumatra-Decker 5.—  
bis 7.50 M., Borkenland-Decker,  
leicht, 4.— und 5.— M., dunkel,  
4.— u. 4.20 M., Java-Umblatt  
u. Einlage, sehr leicht, 3.30 M.,  
Sumatra-Umblatt, sehr leicht,  
3.60 M., Carmen-Umblatt, sehr  
leicht, 3.50 M., Vasant, gesund,  
2.40 M., Etagetabak 1.40 M.,  
Grobchnitt 1.75 M. per 1/2 kg.  
Alle vorherigen Preise sind auf-  
gehoben. Versand unter Nachnahme.

**Rohtabak**  
Empfehle preiswerte Tabake:  
Sumatra-Decker, Vollblatt, hell, 500,  
Sambbl., 3. Bg. 550, 2. Bg. 700 M.,  
Vörstenland-Decker, hell, Sambbl.  
470, Umbl. 450 M., Java-Umblatt  
400, bl. Einlage 350 M., Brasil-  
Decker 420, Einl., Iose Bl. 360 M.,  
Havana-Einlage u. Umbl. 420, Iose  
Bl. 400 M., Domingo-Einlage u.  
Umbl. 300, Umbl. 320 M., Carmen-  
Einlage u. Umbl. 300, Umbl. 320 M.,  
Rio-Grande-Einlage und Umblatt  
300 M., Paraguay-Einlage u. Umbl.  
300 M., Vasant à Pfd. 300 M.,  
Rauhe überseeische Stengel à  
Pfd. 70 M. Versand nur gegen  
Nachnahme.

**Carl Roland**  
Berlin SO 26  
Kottbuserstrasse 4.  
Sumatra-Decke  
pr. Pfd. 3.80, 4.—, 4.50, 5.50 M.  
G. B. M., 1. Blattlänge, ganz hell,  
pr. Pfd. 7.70 M.  
Mexiko-Decke pr. Pfd. 5.— M.  
Havana ..... pr. Pfd. 5.— M.  
Brasil ..... pr. Pfd. 3.20 M.  
Java-Einlage... pr. Pfd. 2.50 M.  
Java-Einlage mit Umblatt  
pr. Pfd. 2.60, 2.80, 2.85, 2.90 M.  
Java-Umblatt... pr. Pfd. 3.30 M.  
Ueberseeischer Tabak nur bei  
gleichzeitiger Entnahme von andern  
Tabaken pr. Pfd. 1.70 M.

**Wahrung! Rohtabak!**  
**Hengfoss & Maak**  
Altona - Ottensen  
Filiale: Berlin N.,  
Brunnenstrasse 25.

**Drucksachen**  
aller Art, in moderner  
Ausführung für Private  
u. Vereine liefert billigst  
J.H. Schmalefeldt & Co.  
Bremen Geeren 6/8

**Rohtabakhandlung**  
kauft bei Aufgabe der Fabri-  
kation x. Tabake und Uten-  
silien gegen sofortige Kasse.  
Off. mit Preisangabe unter  
Exp. Nr. 100. Exp. h. Bl.

**Einlage-Tabake**  
entrippte Java-Sumatra und  
Pfälzer laufend in jedem Quan-  
tum abzugeben. Muster gegen Nach-  
nahme. N. u. Schließfach Nr. 15.  
**Friedberg in Hessen.**

**Heinrich Hüsemann**  
Bremen  
Fohentors-Pl. 105 Fernspr. 2880

„Bewährte Bezugsquelle aller  
zur Zigarrenfabrikation ge-  
eigneten Rohtabake zu gün-  
stigsten Marktpreisen. Jeder-  
zeit werden Rippen gegen so-  
fortige Kasse zum Tagespreise  
abgenommen.“  
**Leon Well, Speyer.**  
Wegen Todesfall verkaufe 800  
Formen versch. Fassons, Pressen  
und Utensilien. Witwe Auguste  
Klein, Spremberg, Kochsborferweg.

**Gelesene**  
**Tabak-Arbeiter**  
haben ein ganz vorzügliches  
Agitationsmittel, aus diesem  
Grunde gebe man sie stets  
an unorganisierte Kollegen  
weiter.

**Briefkasten.**  
Breslau 60 M.  
Spremberg 140 M.

# Neue Sumatra-Angebote aus meinem verzollten Lager

Diese Tabake sind speziell für die verzollt einkaufenden Fabrikanten reserviert!

### Sumatra-Sandblatt:

No. 3433. Vollblatt, 2. Länge, graufahl Mk. 9.—  
„ 3434. „ 3. „ „ 8.—  
„ 3435. „ 4. „ „ 4.—  
„ 3436. Lochblatt, 2. „ hellfahl „ 6.50  
„ 3437. „ 3. „ „ 5.—  
„ 3438. „ 4. „ Sortiertabak „ 3.50

**Edelster Tabak mit prachtvollem  
Brand und idealen Farben.**

### Sumatra-Pflückblatt:

No. 3439. Vollblatt, 1. Länge, hellfahl Mk. 10.—  
„ 3440. „ 2. „ „ 9.—  
„ 3441. „ 3. „ „ 8.—  
„ 3442. „ 1. „ lebhaft hell „ 8.50  
„ 3443. „ 2. „ „ 8.—  
„ 3444. „ 3. „ „ 7.—  
„ 3445. Lochblatt, 1. „ hellfahl u. hell „ 7.50  
„ 3446. „ 2. „ „ 6.50  
„ 3447. „ 3. „ „ 5.50

**Ganz ungewöhnlich edle, zarte, rein-  
farbige Tabake mit feinstem Brand.**

# Heinrich Franck, Berlin N 54

Rohtabakhandlung Brunnenstrasse 22 Utensilien für Zigarrenfabrikan